Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Morgen-Ausgabe

Bezugspreis: für Leipzig und Vororte zweimal täglich ins Haus gebracht monatlich M. 2.25, vierteljährlich M. 6.00, für Abholer monatlich M. 1.75; durch weitere auswärtigen Filialen ins Haus gebracht monatlich M. 2.25, vierteljährlich M. 6.50; durch die Post innerhalb Deutschlands Gesamt-Ausgabe monatlich M. 2.25, vierteljährlich M. 6.75; Morgen-Ausgabe M. 1.50, Abend-Ausgabe M. 0.90, Sonntags-Ausgabe M. 0.60 monatlich (ausschließlich Postbestellgebühr).

Hauptschriftleiter: Dr. Erich Everth, Leipzig.

112. Jahrgang

Anzeigenpreis: für Stadt-Leipzig u. Umgeb. die einspalt. Nonpareillezeile 25 Pf., 2 zusammen 50 Pf. Anzeigen d. Behörden im amtl. Teil die Nonpareillezeile 90 Pf., 2 zusammen 95 Pf. kleine Anzeigen die Nonpareillezeile 30 Pf., zusammen 55 Pf. Geschäftsanzeigen mit Platzvorschriften im Preise erhöht. Beilagen: Gesamtauflage M. 7.— das Tausend exkl. Postgebühr. Einzelnummer: 10 Pf. — Sonn- und Festtags 15 Pf. Fernsprech-Anschluß Nr. 14692, 14693 und 14694. — Postscheckkonto 7508. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Johannisgasse Nr. 8.

Verlag: Dr. Reinhold & Co. Leipzig.

Nr 106 — Mittwoch, den 27. Februar — 1918

Das Ultimatum an Rußland

Der Wortlaut des Ultimatums

Berlin, 26. Februar.

In der heutigen Reichstagssitzung gab Unterstaatssekretär von dem Busche-Haddenhausen folgende Erklärung ab:

Von verschiedenen Seiten ist der Wunsch geäußert worden, das Ultimatum kennenzulernen, das von den russischen Delegierten angenommen worden ist. Ich erlaube mir, dieses Ultimatum bekanntzugeben. Es lautet:

Deutschland ist bereit, unter folgenden Bedingungen mit Rußland die Verhandlungen wieder aufzunehmen und Frieden zu schließen:

1. Das Deutsche Reich und Rußland erklären die Beendigung des Kriegszustandes. Beide Nationen sind entschlossen, fortan in Frieden und Freundschaft zusammenzuleben.

2. Die Gebiete, die westlich der den russischen Vertretern in Brest-Litowsk mitgeteilten Linie liegen und zum Russischen Reich gehört haben, werden der territorialen Hoheit Rußlands nicht mehr unterstehen. Die Linie ist in Gegend Dünaburgs bis zur Ostgrenze Kurlands zu verlegen. Aus der ehemaligen Zugehörigkeit dieser Gebiete zum Russischen Reiche werden ihnen keinerlei Verpflichtungen gegenüber Rußland erwachsen. Rußland verzichtet auf jede Einmischung in die inneren Verhältnisse der Gebiete. Deutschland und Oesterreich-Ungarn beabsichtigen, das künftige Schicksal der Gebiete im Einverständnis mit deren Bevölkerung zu bestimmen. Deutschland ist bereit, sobald der allgemeine Friede geschlossen und die russische Demobilisation vollkommen durchgeführt ist, das östlich der obengenannten Linie gelegene Gebiet zu räumen, soweit sich nicht aus Art. 3 etwas anderes ergibt.

3. Livland und Estland werden von den russischen Truppen und der Roten Garde unverzüglich geräumt und von deutscher Polizeimacht besetzt, bis die Landeseinrichtungen die Sicherheit gewährleisten und die staatliche Ordnung wiederhergestellt ist. Alle aus politischen Gründen verhafteten Landesbewohner sind sofort freizulassen.

4. Rußland schließt sofort Frieden mit der ukrainischen Volksrepublik. Die Ukraine und Finnland werden ohne jeden Verzug von den russischen Truppen und der Roten Garde geräumt.

5. Rußland wird alles in seinen Kräften stehende tun, um alsbald die ordnungsmäßige Rückgabe der ostanatolischen Provinzen an die Türkei sicherzustellen, und erkennt die Abschaffung der türkischen Kapitulationen an.

6a. Die völlige Demobilisierung des russischen Heeres ist einschließlich der von der jetzigen Regierung neugebildeten Heeresteile unverzüglich durchzuführen.

6b. Die russischen Kriegsschiffe im Schwarzen Meere, in der Ostsee und im Eismeer sind entweder in russische Häfen zu überführen und dort bis zum allgemeinen Friedensschluß zu belassen, oder sofort zu desarmieren. Kriegsschiffe der Entente im russischen Machtbereich sind wie russische Kriegsschiffe zu behandeln.

6c. Die Handelsschiffahrt im Schwarzen Meere und in der Ostsee wird wieder aufgenommen, wie es im Waffenstillstandsvertrage vorgesehen war. Das Minenräumen dafür hat sofort zu beginnen. Das Sperrgebiet im Eismeer bleibt bis zum allgemeinen Friedensschluß bestehen.

7. Der deutsch-russische Handelsvertrag von 1904 tritt, wie in Artikel 7, 2a des Friedens mit der Ukraine wieder in Kraft, unter Wegfall der in Artikel 2 Ziffer 3 Absatz 3 des Handelsvertrages vorgesehenen besonderen Vergünstigungen für asiatische Länder. Ferner wird der ganze erste Teil des Schlußprotokolls wiederhergestellt.

Dazu kommen: Sicherung der Ausfuhrfreiheit und Ausfuhrzollfreiheit für Erze, alsbaldige Verhandlung über Abschluß eines neuen Handelsvertrages, Sicherung der Meistbegünstigung bis mindestens Ende 1925, auch für den Fall der Kündigung des Provisoriums, endlich Bestimmungen entsprechend Artikel 7 Ziffer 3, Ziffer 4a, Absatz 1 und Ziffer 5 des Friedens mit der Ukraine.

8. Die rechtspolitischen Angelegenheiten werden geregelt auf Grundlage der Beschlüsse erster Lesung der deutsch-russischen Rechtskommission, soweit Beschlüsse noch nicht gefaßt sind, also insbesondere Ersatz von Zivilschäden auf Grundlage der deutschen Vorschläge, Ersatz der Aufwendungen für Kriegsgefangene auf Grund des russischen Vorschlages. Rußland wird deutsche Kommissionen zum Schutze deutscher kriegsgefangener Zivilpersonen und Rückwanderer zulassen und nach Kräften unterstützen.

9. Rußland verpflichtet sich, jegliche amtliche oder amtlich unterstützte Agitation oder Propaganda gegen die vier verbündeten Regierungen und ihre Staats- und Heereseinrichtungen auch in den von den Zentralmächten besetzten Gebieten einzustellen.

10. Vorstehende Bedingungen sind in 48 Stunden anzunehmen. Russische Bevollmächtigte haben sich unverzüglich nach Brest-Litowsk zu begeben und dort binnen drei Tagen den Frieden zu unterzeichnen, der innerhalb der nächsten zwei Wochen ratifiziert werden muß. (Lebhafter Beifall bei den bürgerlichen Parteien, Zischen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die russische Delegation, zu der auch Herr Trotzki und Herr Joffe gehören sollen, ist bereits von Petersburg abgereist. Sie hatten aber einen unfreiwilligen Aufenthalt nördlich von Pskow (Pleskau) dadurch erlitten, daß dort eine Brücke gesprengt worden war. Sie werden aber im Laufe dieser Nacht in Brest eintreffen. In Brest ist die deutsche und österreichische Delegation bereits versammelt. Die Türken und Bulgaren werden im Laufe des heutigen Tages dort erwartet.

(Siehe Seite 10 und 11.)

Der Abendbericht

wtb. Berlin, 26. Februar. (Amtlich.)

Die Operationen im Osten nehmen den beabsichtigten Verlauf.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

* * *

wtb. Berlin, 26. Februar. (Drahtbericht.) Kaum vermag man auf der Karte dem ungestümen Vorwärtsdrängen des deutschen Heeres zu folgen. Orte, die noch vor einigen Tagen in weiter Ferne zu liegen schienen, sind heute von den Spitzen und morgen vom Gros der marschierenden Kolonnen durchschritten. Es ist ein atemraubendes Tempo, das die Kolonnen der Befreier eingeschlagen haben und das ihnen täglich neue Segenswünsche der Bewohner einträgt. In Estland wüten indessen die Roten Garden weiter, ohne sich von der Regierung im mindesten beeinflussen zu lassen. Um so schneller vollzieht sich der deutsche Vormarsch, der durch plötzlich einsetzende schlechte Witterung, Schnee, Westwind und starke Temperaturschwankungen nicht aufgehalten werden kann. Zahlreiche tiefgegliederte, nebeneinander nord- und ostwärts vormarschierende Kolonnen, die sich strahlenförmig ausbreiten und starke fliegende Abteilungen mit Artillerie und Maschinengewehren vorausschicken, stehen größtenteils bereits in der allgemeinen Linie Pleskau-Dorpat-Reval. Das schnelle Vorwärtsdringen der Vorhuten hat nirgends zum Abreißen der Verbindungen geführt. Alle Kolonnen stehen in sich und mit den Nachbartruppen trotz der gewaltigen und täglich anwachsenden Entfernungen unausgesetzt in Verbindung. Besonders bewährt hat sich die Beförderung geschlossener größerer Truppenkörper auf sogenannten Panjeschlitten. Kilometerweit ziehen solche Schlitten-Kolonnen durch die Wälder und durch Livlands freundliche Hügel. Hier, in den vom Kriege überhaupt nicht berührten Gebieten, muß man die Verwüstungen des Krieges, sinnlos und zwecklos ausgeführt, wiederfinden! Vielleicht wären manche einzelne Gewalttaten noch zu begreifen, wenn sie sich nur gegen Angehörige des feindlichen Staates richteten. Aber der Lette und Este, sie werden in gleicher Weise heimgesucht wie der Deutsche, der leiden muß, ohne Rücksicht darauf, ob er Reichsdeutscher war oder als russischer Staatsangehöriger im russischen Heere Kriegsdienst geleistet hatte, einfach weil er einen deutschen Namen trägt. Nun, da die Tore von Dorpat und Reval sich den Befreiern öffnen und mit dem Verschwinden der Roten Garde die Rückkehr der Ordnung in diesen alten ehrwürdigen Städten angebahnt ist, wird wieder Jubel in aller Herzen sein.

Die russische Delegation für Brest-Litowsk

Petersburg, 25. Februar. (P. T.-A.) Auf Anordnung des Rates der Volksbeauftragten ist eine Abordnung nach Brest-Litowsk abgesandt worden, um den von der deutschen Regierung vorgeschlagenen und in der Sitzung vom 25. Februar 4 Uhr morgens vom ausführenden Hauptausschuß in Petersburg angenommenen Frieden zu unterzeichnen. Mitglieder der Friedensdelegation sind: Trotzki, Volksbeauftragter für auswärtige Angelegenheiten, Tschetscherin, Sokolikow, Petrowsk und Alexejew, Mitglieder der Partei der sozialrevolutionären Linken, ferner Delegationssekretär Karachan, Joffe und militärische Sachverständige.

Weherle geht nach Bukarest

Wien, 26. Februar. (Drahtbericht unseres Mitarbeiters.) **Die Meldung, daß sich Ministerpräsident Weherle als Vertreter Ungarns zu den Friedensverhandlungen mit Rumänien begibt, wird mir von zuständiger Stelle bestätigt. Die Audienzen, die Weherle und Graf Tisza beim Kaiser hatten, stehen mit diesem Beschluß der ungarischen Regierung in Zusammenhang. Begründet wird der Entschluß dadurch, daß Ungarn als Grenzland von Rumänien seine vitalen Interessen vertreten müsse. Insbesondere fordert die öffentliche Meinung Ungarns einmütig eine strategische Frontsicherung gegen Rumänien. Die Gerüchte, daß in dieser Frage Differenzen zwischen Czernin und der ungarischen Regierung beständen, sind ungarischerseits bereits entschieden dementiert worden.**

*

Wien, 25. Februar. (Drahtbericht.) Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses. Bei der Verhandlung des Budgetprovisoriums erklärte der Abgeordnete Renner: Die deutschen Sozialdemokraten stimmen ausnahmsweise für das Budgetprovisorium, nicht zugunsten der Regierung, sondern im Interesse der Erhaltung des Parlaments sowie weil sie den Frieden nicht durch den Cholmer Zwischenfall stören lassen wollen. Der Deutsche Pacher vertrat die Forderung nach einer selbständigen Provinz Deutsch-Böhmens und erklärte, was die Deutschen für Deutsch-Böhmen wollen, billigen sie den Tschechen für ihr Gebiet zu. Nachdem noch eine Anzahl Redner gesprochen hatte, wurde die Sitzung ohne Beschlußfassung über das Budgetprovisorium geschlossen. In der morgigen Plenarsitzung beginnt die zweite Lesung des Budgetprovisoriums.

Wahlniederlage der spanischen Republikaner

Genf, 26. Februar. (Eig. Drahtbericht.) **Zu den Wahlen in Spanien meldet die Agence Havas, daß Garcia Prieto, der jetzige Ministerpräsident, voraussichtlich über die stärkste Gruppe in der Kammer verfügen werde. Die Romanonesisten würden sicher mehr als 45 Sitze erlangen, die Datisten vielleicht etwas mehr als 30. Die französische Nachrichtenagentur gibt bereits die Niederlage der Republikaner zu. Lerroux ist in Barcelona unterlegen und wird der neuen Kammer nicht angehören.**

Madrid, 26. Februar. (Havas.) **Die bisher bekannten Wahlergebnisse sind folgende: Demokraten 30, Parteigänger Datos 33, Anhänger Romanones 13, Regionalisten 12, Maristen 11, Anhänger La Ciervas 8, Republikaner 7, Sozialisten 4, Nationalisten 6, Anhänger Albas 5, unabhängige Liberale 4, Unabhängige 5, Jaimisten 4, Reformisten 2.**

Payer und die Konservativen

E. E. Es gilt, die vorgestrige Rede des neuen Vizekanzlers, des ehemaligen Führers der Fortschrittlichen Volkspartei, wegen der bedauerlichen Auftritte, die sich daran schlossen, besonnen, aber auch entschieden zu beurteilen. Wir haben uns zu fragen: Ist der Versuch, den man mit der Berufung einiger der hervorragendsten Vertreter der Volksvertretung in die Regierung gemacht, verfehlt, oder ist auch nur an einer Stelle, bei der Auswahl einer Persönlichkeit ein Mißgriff unterlaufen? Daß der Versuch im ganzen mißlungen sei, wird nach dem Auftreten des Vizepräsidenten des preußischen Staatsministeriums, Dr. Friedberg, niemand behaupten. Wenn die Wahl des Herrn von Payer nach seinem gestrigen ersten Eingreifen auch von anderen als von den Konservativen als Enttäuschung empfunden würde, so müßte das offen gesagt werden, damit nicht das Prinzip, nach dem die neue Regierung zustande gekommen ist, ungerechte Angriffe erführe. Diese würden ja nicht ausbleiben, da doch den Konservativen, die sich gestern getroffen fühlten und durch ihr Verhalten sich mit den Heißspornen des Bundes der Landwirte unzertrennlich zu erklären schienen, bekanntermaßen „die ganze Richtung nicht paßt". Prüfen wir also, wie die Sache verlaufen ist.

Der Vizekanzler rahmte seine Rede mit dem Gedanken ein, daß die Zusammenfassung aller Kräfte jetzt im Reiche das höchste Gebot sei. Aus dieser Forderung und aus dem Bedürfnis, nach außen hin Einheit zu zeigen, leitete er auch die Notwendigkeit ab, zwischen Regierung und Volksvertretung eine möglichst enge Fühlung herzustellen, wie es durch Berufung von Parlamentariern in die Reichsleitung geschehen ist. Er fühlt sich selbst als Werkzeug dieser Aufgabe. In diesem Sinne sprach er auch über das preußische Wahlrecht. Kurz, Payer hielt eine sehr geschlossene Rede, in der sich das Negative, das er zu sagen hatte, als notwendige Folge aus dem Positiven ergab. Jenes Negative blieb, in zwei Worten ausgedrückt: Streik und Bund der Landwirte. Die Jubiläumsfeier des Bundes der Landwirte ist ja noch in aller Erinnerung, bei der sich die Herren Dr. Wildgrube und v. Oldenburg-Januschau in erstaunlichen Brandreden gegen die innere Neuordnung überboten. Der Vizekanzler hat den Streikenden und auch den Leitern der Sozialdemokratie nichts erspart; er hat sogar länger bei ihren Sünden verweilt, als nachher bei den Leistungen des Herrn von Oldenburg und Genossen. Die Sozialdemokratie hat seine Rede nur an einer Stelle durch ein Lachen unterbrochen, sich sonst aber ruhig die Wahrheit sagen lassen. Als Herr von Payer feststellte, daß man sowohl auf der äußersten Linken wie auf der äußersten Rechten dem politischen Gegner den guten Glauben abzusprechen pflege, da empörte sich nur die Rechte und fand diese „Gleichstellung" unerhört.

Dabei lag eine Gleichstellung doch höchstens in einem Punkte vor, wie denn der Redner durchaus nicht der nationalen Gesinnung und Ehre der Konservativen zu nahe treten, sondern lediglich die Unbesonnenheiten und Ausschweifungen ihrer Heißsporne kennzeichnen wollte, und zwar ausdrücklich im Hinblick auf jene Versammlung des Bundes der Landwirte, in der unter anderem Herr von Oldenburg erklärt hatte, auf den nächsten Reichskanzler werde man schießen, und wenn man nicht auf ihn schieße, werde er nichts taugen, die Hauptsache sei nur, daß er selber schießen lasse ... Insofern betraf der hiernach doch wohl berechtigte Vorwurf des Vizekanzlers, daß die Feinde Pfeile gegen uns auch aus dem Köcher der äußersten Rechten nehmen könnten, durchaus nicht die ganze Rechte, sondern eben „die äußerste Rechte". So wenig, wie sich die alte Sozialdemokratie getroffen zu fühlen braucht, wenn von der äußersten Linken die Rede ist, so wenig geht es die konservative Partei als solche an, wenn jemand gegen die äußerste Rechte auftritt. In der konservativen Partei und auch in ihrer Reichstagsfraktion sind nicht wenige Männer, die das Treiben der äußersten Rechten durchaus mißbilligen. Wenn trotzdem gestern ein großer Teil der Fraktion, sogar mit ihrem Führer an der Spitze, für die Ultras einstehen wollte, so ist das ihre Sache; nötig hatten sie es nicht. Die Konservativen kennen Herrn von Oldenburg, sie haben früher sein Auftreten im Reichstage nicht selten mit Beklemmungen erlebt, er selber hat darüber später sehr offenherzig geplaudert; aber wie sie ihn damals nicht verleugneten, so zeigte sich auch jetzt wieder ihr Korpsgeist, an sich eine zweifellos rühmenswerte Eigenschaft, die bedenklich nur dann wird, wenn hinter der Gemeinbürgschaft für einen kleineren Kreis höhere Gemeinschaftsgesinnungen zurücktreten.

So brachte sich die konservative Fraktion vorgestern aus ganz überflüssigem Eigensinn in eine Lage, die einigermaßen verblüffend war: man rief von dieser Seite dem Minister, als er zum Schlusse den Ruf nach Einigkeit und Zusammenhalt, der in jener Landbundversammlung zu wenig beherzigt worden war, noch einmal aufnahm, zu: er sei es, der die Einigkeit gestört habe — und die Herren steigerten ihre Entrüstung bis zu Pfuirufen, die der Präsident als der Würde des Hauses nicht entsprechend sich verbat. Sie traten gegen den zweithöchsten Beamten des Reiches, einen Ratgeber des Kaisers, auf, weil er unsagbare Wühlereien so kennzeichnete, wie es ihnen gebührte. Dem erfahrenen Parlamentarier Payer darf man ein solches Ungeschick, daß er sich bei seinem ersten Auftreten in den Augen breiterer Kreise ins Unrecht gesetzt hätte, wirklich nicht zutrauen. Dank der ganzen Anlage seiner Rede hatte er denn auch das Haus mit alleiniger Ausnahme der Rechten für sich, so daß jeder feindliche Zwischenruf niedergezischt wurde. Herr von Payer hat nicht als Parteimann gesprochen, wie man ihm vorwerfen möchte, d. h. nicht als Vertreter seiner Partei, allerdings aber als Mitglied der Mehrheit, aus der nicht nur er hervorgegangen ist, sondern auf die auch die Regierung sich stützt, und deren Zusammenarbeiten mit der Regierung seine Ernennung besiegeln sollte — soll er da nicht das Recht haben, gehässige Ausfälle gegen diese Mehrheit zurückzuweisen? Konservative riefen ihm höhnisch zu: „Der große Staatsmann!" Nun, jenem Ideal des schießenden Staatsmannes, das Herr von Oldenburg mit dankenswerter Deutlichkeit enthüllt hat, entsprach die Rede des Herrn von Payer freilich nicht. Immerhin hat er gezeigt, daß er Mut